

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Jörg Bode (FDP)

„Öffi“-Gebühr für Autofahrer?“ (HAZ, 03.11.2018) - Wie beurteilt die Landesregierung die „Visionen“ der SPD Hannover?

Anfrage des Abgeordneten Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 06.11.2018

Die HAZ berichtet am 03.11. und am 05.11.2018 über einen Vorschlag der SPD, Region Hannover, zur Verkehrspolitik. Gemäß der Berichterstattung „Öffi“-Gebühr für Autofahrer?“ und „Immer neue Repressalien“ - Eine Üstra-Jahreskarte für Autofahrer? SPD-Vorschlag erntet Kritik“ (HAZ, 05.11.2018) gibt es innerhalb der SPD Hannover Gedanken und „Visionen“ (Matthias Miersch, MdB, HAZ, 03.11.2018), den Nahverkehr durch „die Autofahrer finanzieren“ (ebenda) zu lassen. Demnach wird überlegt, dass Autofahrer die Innenstädte künftig nur noch befahren dürfen, wenn sie eine Jahreskarte für den ÖPNV haben. Man müsse das Verhalten der Menschen in den Bereichen Mobilität und Energieversorgung grundlegend ändern, heißt es in der Berichterstattung weiter.

1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung, insbesondere Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender Weil, über die in der Berichterstattung gemachten Vorschläge und „Visionen“ zur künftig möglichen Verkehrspolitik, inklusive Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens von Menschen in Ballungsräumen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag, dass Autofahrer, die in eine Innenstadt fahren wollen, ein Jahresabonnement des jeweiligen ÖPNV-Anbieters bei sich führen müssen?
3. Wie viele ÖPNV-Anbieter gibt es in Niedersachsen?
4. Wie viele ÖPNV-Anbieter sind in Ballungsräumen tätig, die von den „Visionen“ der SPD eingeschlossen/betroffen wären?
5. Wie viele ÖPNV-Jahresabonnements bräuchte demnach ein Autofahrer, um sich in allen potenziell von dieser „Vision“ betroffenen niedersächsischen Ballungsräumen bewegen zu können?
6. Welche Einnahmehöhe könnte durch Umsetzung der „Visionen“ für den ÖPNV in Niedersachsen erzielt werden?
7. Teilt oder unterstützt die Landesregierung den Gedankengang des Bundestagsabgeordneten Miersch (SPD), dass es „ein interessanter Gedanke“ (Matthias Miersch, MdB, HAZ, 03.11.2018) ist, wenn die Autofahrer den Nahverkehr finanzieren?
8. Welche Überlegungen stellt die SPD-geführte Landesregierung hierzu an?
9. Plant die Landesregierung Bundesratsinitiativen in Richtung ÖPNV-Jahresabonnement-Pflicht für alle Autofahrerinnen/Autofahrer in Deutschland zur Entlastung von Ballungsräumen und Innenstädten?
10. Wenn ja, wann sind welche Initiativen angedacht oder geplant?
11. Welche Autofahrer aus Niedersachsen/Deutschland/Ausland bräuchten demnach ein Jahresabonnement des GVH, um in der Innenstadt von Hannover einkaufen zu können, und wer wäre hiervon befreit?
12. Was macht ein Autofahrer, wenn er bei Erreichen des Ortseingangsschildes der jeweiligen Stadt kein Jahresabo des jeweiligen ÖPNV-Anbieters hat?
13. Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der „Vision“ auf den jeweiligen Einzelhandel in den betroffenen Ballungsräumen/Innenstädten?

14. Auf welcher rechtlichen Grundlage kann eine Stadt, ein Landkreis, eine Region Autofahrer zu Abonnements für den jeweiligen ÖPNV-Anbieter verpflichten?
15. Welche Gesetzesänderungen sind oder wären zur Umsetzung der „Visionen“ der SPD Hannover zur Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens von Autofahrern/Menschen in Ballungsräumen und Innenstädten nötig?
16. Würde sich die Landesregierung für die hierfür erforderlichen Gesetzesänderungen einsetzen?
17. Welche positiven und welche negativen Auswirkungen wären mit der Umsetzung des Vorschlags der SPD, Jahreskarten des ÖPNV verpflichtend für Autofahrer einzuführen, für Niedersachsen verbunden?
18. Teilt die Landesregierung die Auffassung der SPD Hannover, dass man das Mobilitätsverhalten der Menschen grundlegend ändern müsse (bitte mit Begründung)?
19. Wird die Landesregierung das Verhalten der Menschen im Bereich Mobilität in den kommenden Jahren bewusst beeinflussen und, wenn ja, wie?